

Hamburg und der Wiener Kongress - kontrafaktisch: Überlegungen zu einem alternativen Pfad

Kaven, Carsten

Erstveröffentlichung / Primary Publication

Konferenzbeitrag / conference paper

Empfohlene Zitierung / Suggested Citation:

Kaven, C. (2016). *Hamburg und der Wiener Kongress - kontrafaktisch: Überlegungen zu einem alternativen Pfad.*
<https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:0168-ssoar-48215-3>

Nutzungsbedingungen:

Dieser Text wird unter einer Deposit-Lizenz (Keine Weiterverbreitung - keine Bearbeitung) zur Verfügung gestellt. Gewährt wird ein nicht exklusives, nicht übertragbares, persönliches und beschränktes Recht auf Nutzung dieses Dokuments. Dieses Dokument ist ausschließlich für den persönlichen, nicht-kommerziellen Gebrauch bestimmt. Auf sämtlichen Kopien dieses Dokuments müssen alle Urheberrechtshinweise und sonstigen Hinweise auf gesetzlichen Schutz beibehalten werden. Sie dürfen dieses Dokument nicht in irgendeiner Weise abändern, noch dürfen Sie dieses Dokument für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, aufführen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Mit der Verwendung dieses Dokuments erkennen Sie die Nutzungsbedingungen an.

Terms of use:

This document is made available under Deposit Licence (No Redistribution - no modifications). We grant a non-exclusive, non-transferable, individual and limited right to using this document. This document is solely intended for your personal, non-commercial use. All of the copies of this documents must retain all copyright information and other information regarding legal protection. You are not allowed to alter this document in any way, to copy it for public or commercial purposes, to exhibit the document in public, to perform, distribute or otherwise use the document in public.

By using this particular document, you accept the above-stated conditions of use.

Carsten Kaven

**Hamburg und der Wiener Kongress – kontrafaktisch
Überlegungen zu einem alternativen Pfad**

Anlässlich eines Vortrages:

The Congress of Vienna and its Global Dimension

International Bicentenary Conference, 11th international ADHILAC meeting

18-22 September 2014, University of Vienna

1. Einleitung

Die gegen das napoleonische Frankreich siegreichen Monarchen legten auf dem Wiener Kongress 1814/1815 die staatlichen Grenzen in Europa neu fest. Im Vordergrund dieser Neuordnung standen die Großmächte Großbritannien, Österreich, Russland und Preußen. Es wurden jedoch auch die Angelegenheiten kleinerer staatlicher Einheiten verhandelt, der sogenannten Mindermächtigen. Zu diesen gehörten die ehemaligen freien deutschen Städte und damit auch Hamburg. Die vormals selbständigen staatlichen Einheiten der Hansestädte hatten ihre Eigenständigkeit während der „Franzosenzeit“ eingebüßt. Hamburg wurde 1806 besetzt, 1810 in ein neues französisches Departement eingegliedert und damit Teil des Französischen Imperiums. Nach der Niederlage Napoleons stellte sich die Frage der territorialen und politischen Neuordnung folglich nicht nur für die großen Mächte, sondern auch für die kleineren.

Im Ergebnis des Wiener Kongresses kam Hamburg gut weg. Sein Status als eigenständige staatliche Einheit wurde wiederhergestellt, alte politische Institutionen wie Rat und Bürgerschaft wieder eingesetzt und die alte Verfassung von 1712 reaktiviert. Das Heilige Römische Reich Deutscher Nation als politischer und kultureller Rahmen bestand seit 1806 nicht mehr. Durch den Wiener Kongress wurde ein Deutscher Bund ins Leben gerufen, dessen Teil auch die Hansestädte Bremen, Hamburg und Lübeck wurden. Großbritannien garantierte die Sicherheit auf hoher See und die Schifffahrt auf den Flüssen wurde wieder freigegeben – zwei zentrale Regelungen des Kongresses in wirtschaftlicher Hinsicht. Beide Regelungen waren wichtige Voraussetzungen für eine wirtschaftliche Genesung Hamburgs, welches unter der französischen Besatzung stark gelitten hatte.

Der Wiener Kongress war jedoch nicht durch eine Übereinstimmung der Interessen der Großmächte bestimmt. Die günstigen Regelungen für Hamburg waren keine Selbstverständlichkeit, was auch ein Blick auf vormals freie Städte Augsburg und Nürnberg zeigt. Diese konnten ihren vormaligen Status freier Städte nicht wieder erreichen und sind in Territorialherrschaften aufgegangen. Wäre ein ähnliches Ergebnis auch für Hamburg möglich gewesen? Ich möchte die unterschiedlichen Ergebnisse des Kongresses für ehemals freie Städte zum Anlass nehmen und die Entwicklung Hamburgs unter dem Blickwinkel einer kontrafaktischen Geschichte untersuchen. Ich möchte fragen: Hätte für Hamburg auf dem Wiener Kongress ein anderes Ergebnis herauskommen können, vor allem eines, welches für Hamburg nicht derart vorteilhaft gewesen wäre? (Vorteilhaft zumindest für die herrschenden Schichten.) Die interessante

Folgefrage lautet: Welche Konsequenzen hätte es für die Entwicklung Hamburgs gehabt, hätte es nach der Angliederung an Napoleons Empire nicht wieder den Status einer freien und weitgehend autonomen Stadt erreicht?

Die kontrafaktische Variation des (tatsächlichen) Ergebnisses des Wiener Kongresses liegt also darin, dass für die ehemals freie Stadt Hamburg eine andere politische Struktur gewählt wird. Welche Folgerungen hätten sich aus solch einer alternativen Regelung ergeben? Im Sinne Fernand Braudels bewegt sich diese Frage auf der Ebene der „courte durée“, der Ereignisgeschichte. Alternativhistorie auf dieser Ebene bedeutet, das Ergebnis eines Ereignisses, hier des Wiener Kongresses, zu variieren und zu überlegen, welche Folgerungen sich für nachlaufende Prozesse ergeben. Der Sinn solch kontrafaktischer Fragen kann nicht darin liegen, unfruchtbaren Spekulationen das Tor zu öffnen. Kontrafaktische Überlegungen sollen vielmehr die großen Linien der tatsächlichen Entwicklung schärfer hervortreten lassen und ein besseres Urteil über die damalige Konstellation von Akteuren, Strukturen und Interessen erlauben. Das Thema „Hamburg und der Wiener Kongress“ möchte ich vor diesem Hintergrund unter dem Blickwinkel einer kontrafaktischen Geschichtsschreibung angehen.

2. Zwei methodische Bedingungen

Zwei methodische Bedingungen sollten kontrafaktische Überlegungen erfüllen. Die erste Bedingung besagt, dass es in der konkreten geschichtlichen Situation eine reale Möglichkeit für eine alternative Entscheidung und damit für einen alternativen Pfad gegeben haben muss. Das, was als kontrafaktische Überlegung vorgestellt wird, darf also nicht völlig aus der Luft gegriffen sein. Der alternative Pfad, das kontrafaktische Szenario, muss als Grundlage einen Punkt im realen Geschehen haben, dessen Variation prinzipiell möglich und vielleicht sogar wahrscheinlich war. Die zweite Bedingung fordert, dass aus einer alternativen Entscheidung oder einem geschichtlichen Zufall etwas Folgenreiches resultieren muss. Wird an einer Schaltstelle des Geschehens ein anderer Ausgang gewählt, sollte dies auch zu einem anderen Pfad führen, der im betrachteten Kontext von Bedeutung ist. Das Ergebnis einer Entscheidungssituation darf für den Fortgang des Geschehens also nicht gleichgültig sein. (Demandt 2005, S. 82f.) Schauen wir also, ob im Sinne kontrafaktischer Überlegungen für den hier betrachteten Fall etwas herauszuholen ist.

Durch die tatsächlichen Regelungen des Wiener Kongresses hatten Hamburg und die anderen Hansestädte Bremen und Lübeck im Großen und Ganzen den Status wieder

erreicht, wie sie ihn vor der napoleonischen Besatzung bereits innegehabt hatten. Der Wiener Kongress war wesentlich durch die Monarchen der siegreichen europäischen Großmächte bestimmt (bzw. durch deren Minister). Doch auch die mindermächtigen Staaten waren durch eigene Gesandte vertreten. Diese sollten den Interessen derjenigen Gehör verschaffen, die nicht zum Club der Großen gehörten. Hierzu zählte auch Hamburg. Die Gesandten waren in ihren Handlungen nicht frei, sondern an Instruktionen gebunden, welche ihnen von den jeweiligen Fürsten mit auf den Weg gegeben wurden. Auch der Hamburger Gesandte, Johann Michael Gries, erhielt eine solche Instruktion. In dieser war niedergelegt, was im Sinne Hamburgs erreicht und was auf jeden Fall vermieden werden sollte.

Diese Instruktion mag als Aufhänger für die Überlegung eines alternativen Verlaufes dienen. Ein Punkt, der dem Hamburger Senat sehr unter den Nägeln brannte, war die Vorstellung, dass die Stadt durch den Kongress zu einer Festung erklärt werden könnte. Die bitteren Erfahrungen der napoleonischen Besatzung hätten sich im Wunsch nach einer starken militärischen Sicherung im Norden niedergeschlagen können. In der Instruktion drückte sich dies folgendermaßen aus:

„Ganz besonders wird der Herr Abgeordnete der etwanigen Intention mit aller Kraft entgegen zu wirken haben, daß die Stadt Hamburg etwa zu einer Festung bestimmt werden solle. Eine große volkreiche Handelsstadt und eine Festung sind einander gerade widersprechende Objecte. Friede, Ruhe, Freiheit, machen den Handel blühen; Krieg, Waffenetöse, Gewalt töten ihn!- Hamburg, diese große volkreiche, für den Welthandel, zur Aufbewahrung des Eigenthums aller Nationen bestimmte Handelsstadt, würde unwiederbringlich verloren, ohne Rettung vernichtet werden, wenn sie zu einem Waffen-Platze, zu einer Festung bestimmt werden sollte.“ (zitiert nach Hundt 1996b, S. 56)

Die Auftraggeber des Gesandten Gries scheinen die Umwandlung der Handelsstadt in eine Festung mit einem Schwerpunkt auf der militärischen Sicherung als reale Gefahr gesehen zu haben. Eine ähnlichlautende Befürchtung drückte Friedrich von Graffen aus. In einem Brief an den russischen General Bennigsen wies er auf die Bedeutung von Freiheit und Unabhängigkeit einer Handelsstadt hin. Würde der Zustand als Festung andauern, führte dies zu einer „Lähmung der Industrie und der Tätigkeit“ (zitiert nach Huck 1984: 112). Dementsprechend versuchte von Graffen den General dazu zu bewegen, beim Zaren ein Wort für die Entfestigung der Stadt einzulegen.

Die erste der eingangs formulierten Bedingungen für eine kontrafaktische Überlegung scheint damit erfüllt. Der Wiener Kongress war nicht durch gleichlaufende Interessen bestimmt. Allein die Anzahl der beteiligten Großmächte, kleineren Mächte

und sonstigen Vertreter und die Dauer des Kongresses boten ausreichendes Potential für alternative Ergebnisse. Und auch die zweite Bedingung scheint keine Probleme zu bereiten. Nimmt man den Wiener Kongress als historischen Entscheidungspunkt, hätte ein anderer Ausgang für Hamburg und die anderen Hansestädte mit Sicherheit zu einer anderen politischen und wirtschaftlichen Entwicklung im Laufe des 19. Jahrhunderts geführt. Aus methodischer Sicht steht also einem kontrafaktischen (alternativ-)Szenario nichts im Wege.

3. Der tatsächliche Verlauf: Hamburg und der Wiener Kongress

3.1 Hamburg vor und während der „Franzosenzeit“

In den Jahrzehnten vor dem Auftreten Napoleons auf der europäischen Bühne hatte Hamburg seit längerem den Rang der größten deutschen Stadt inne. Gegen Ende der 1760er Jahre überschritt die Zahl der Bevölkerung die Marke von 100.000. Zum Wechsel vom 18. zum 19. Jahrhundert schätzt man die Einwohnerzahl auf 130.000. Neben diesem bevölkerungsmäßig größten Rang verfügte Hamburg ebenfalls über den größten Hafen Deutschlands. Im europäischen Vergleich war Hamburg im 19. Jahrhundert nach London und vor Liverpool die zweitgrößte Hafenstadt. (Michalski 2010)

Kennzeichnend für die politische Lage Hamburgs war seine weitgehende staatliche Unabhängigkeit. Hamburg war dem Heiligen Römischen Reich zugehörig (bis dieses 1806 aufgelöst wurde), verfügte jedoch über eigene staatliche Souveränität. Diese drückte sich in einer eigenen Verfassung aus: dem „Hauptrezess“ aus dem Jahr 1712. Der Verabschiedung dieser Verfassung waren heftige politische Spannungen zwischen den höchsten Gremien des Rats und der Bürgerschaft vorausgegangen. Nachdem die Verfassung jedoch beschlossen war, bildete sie die Grundlage für einen inneren politischen Frieden, der das 18. Jahrhundert hindurch andauerte.

Da Hamburg als unabhängige Stadt über keine übermäßigen militärischen Mittel verfügte, verfolgte es eine strikte Neutralitätspolitik. Es versuchte, sich nicht in die Spannungen zwischen den großen europäischen Territorialstaaten hineinziehen zu lassen. Umgekehrt waren diese Spannungen, etwa zwischen England und Frankreich, Grund für die andauernde Fragilität der Neutralität. Auch das Verhältnis zum direkten Nachbarn Preußen war durch Spannungen gekennzeichnet, was sich in der Währungspolitik und im Zollwesen ausdrückte. Hamburg gelang seine

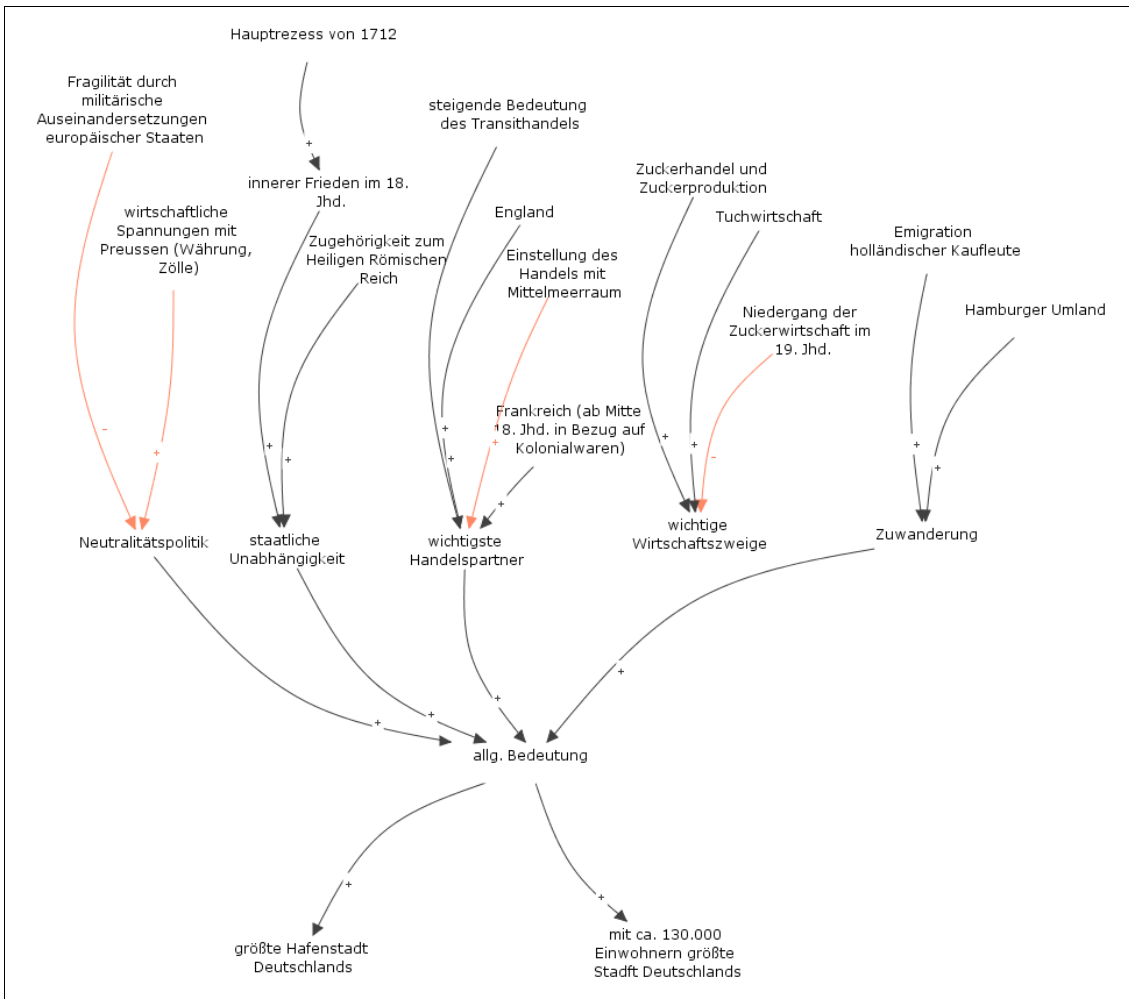
Neutralitätspolitik mit mehr oder weniger großem Erfolg, scheiterte jedoch vollständig durch die französische Besetzung zu Anfang des 19. Jahrhunderts, nicht zuletzt, da sich das Heilige Römische Reich bereits 1806 aufgelöst hatte.

Wirtschaftlich war Hamburg hauptsächlich durch seine Außenhandelsbeziehungen geprägt. Im Laufe des 18. Jahrhunderts fand dabei eine Verlagerung des Schwerpunktes auf den Handel mit Frankreich statt. Dieses wickelte einen Großteil seiner europäischen Exporte von Kolonialwaren, Kaffee und Wein über Hamburg ab. So kamen gegen Ende des Jahrhunderts gut die Hälfte der Einfuhren Hamburgs aus Frankreich, an zweiter Stelle lag England mit etwa 13%. Der Handel mit dem Mittelmeergebiet, mit Spanien und Portugal hatte aufgrund der Unsicherheit der Seewege dagegen seine Bedeutung weitgehend eingebüßt. Zur Einordnung dieser Zahlen ist der Hinweis wichtig, dass zur Zeit des Wiener Kongresses in Europa der Anteil des Exports an der Gesamtproduktion nur bei etwa einem Prozent lag. Der auswärtige Handel hatte zu Beginn des 19. Jahrhunderts also noch längst nicht die Bedeutung erlangt, wie er sie durch die Entwicklung internationaler Interdependenzen im Laufe des 19. Jahrhundert bekommen sollte. (Michalski 2010)

Hamburg war aber nicht nur Handelsstadt, sondern auch ein bedeutender Produktionsstandort. Zwei Wirtschaftszweige ragten in ihrer Bedeutung für das 18. Jahrhundert besonders heraus: zum einen die Tuchwirtschaft und zum anderen die Zuckerproduktion. Beide Zweige erlebten jedoch im Laufe des Jahrhunderts ihren Niedergang. Die Blüte der Zuckerproduktion hing nicht unwesentlich mit der Verlagerung der Produktion durch französische Produzenten zusammen. Im Ergebnis wurde Hamburg zum führenden Zuckerproduzenten Europas, bis das Auftreten der Zuckerrübe zu einem Niedergang im Laufe des 19. Jahrhunderts führte.

Ein zentraler Aspekt der Entwicklung Hamburgs lag in der stetigen und schubweisen Zuwanderung – nicht nur aus dem Umland, sondern auch aus anderen europäischen Ländern. Das Wachstum der Bevölkerung war zum Großteil durch Zuwanderung aus dem Umland getrieben. Gerade Zuwanderer aus den Niederlanden gaben der Stadt jedoch immer wieder neue Impulse. Dies war bereits vor der hier betrachteten Zeit der Fall, etwa nach dem Niedergang Antwerpens oder im Zuge der spanischen Besetzung der Niederlande. Holländische Kaufleute brachten ihre Handelsbeziehungen mit, aber auch Know-how über spezielle Produktionsverfahren. Letzteres war für die Entwicklung der genannten Produktionszweige der Zucker- und der Tuchwirtschaft unverzichtbar.

Die ökonomische und politische Position Hamburgs um 1800 (und nach der Überwindung einer schweren Handelskrise 1799) war damit insgesamt durchaus komfortabel. Dies änderte sich jäh durch die beginnenden napoleonischen Kriege. Die lang gepflegte Neutralitätspolitik war nun nicht mehr aufrecht zu erhalten. Und die Tatsache, dass Hamburg hinsichtlich des Konflikts zwischen Frankreich und England zwischen den Fronten lag, machte sich auch im wirtschaftlichen Niedergang bemerkbar. Das einschneidendste Datum war der November 1806, als Hamburg von französischen Truppen besetzt wurde. In Folge kam der Handelsverkehr durch die Kontinentalsperre Napoleons weitgehend zum Erliegen. Die industrielle Produktion – etwa in der Zuckerwirtschaft – brach zusammen, auch weil nicht mehr auf englische Kohle zurückgegriffen werden konnte. Hinzu kam die Last, die einquartierten französischen Truppen zu versorgen. In der Endphase der Besatzung 1813/14 wurden ganze Vororte und Siedlungen im Umkreis Hamburgs zerstört, um den französischen Truppen ein freies Schussfeld gegen alliierte Belagerer zu sichern. Am Ende der „Franzosenzeit“ finden wir eine Stadt, die in vielen Teilen zerstört und deren Bevölkerung stark dezimiert war.



3.2 Die Regelungen für Hamburg auf dem Wiener Kongress

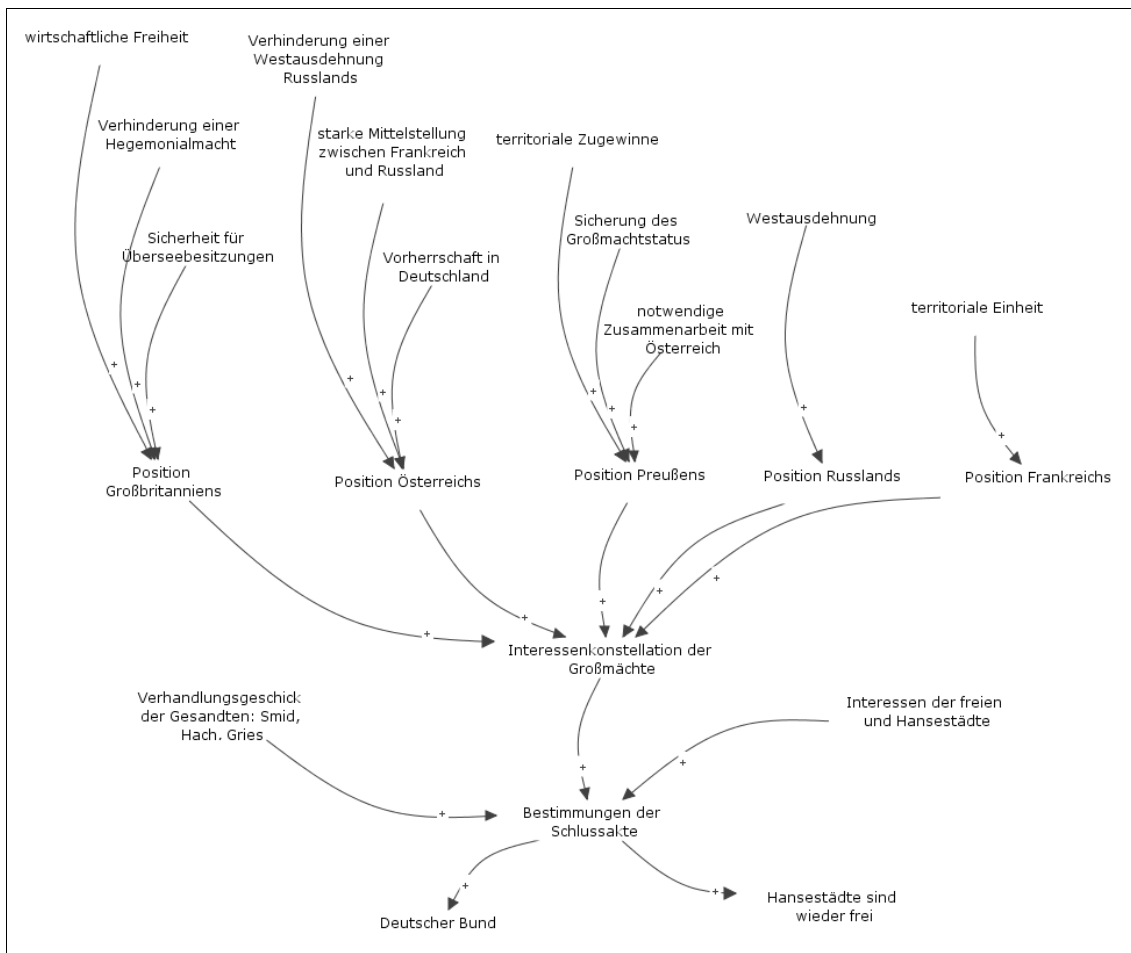
Die unterschiedlichen Interessen der siegreichen Großmächte Österreich, England, Preußen und Russland bestimmten wesentlich den Verlauf des Wiener Kongresses. Setzt man die Großmächte wechselseitig zueinander in Beziehung, wird besonders deutlich, dass die Koalitionen und Interessenlagen im Laufe des Kongresses nicht gleich geblieben sind. Relativ gleichbleibend waren dagegen die Interessen Preußens und Österreichs in Hinblick auf die Deutsche Frage. Nach der Auflösung des Heiligen Römischen Reiches stellte sich die Frage einer politischen Klammer um die Vielzahl eigenständiger deutscher Staaten. Preußen strebte eine Hegemonie zusammen mit Österreich an, die sich in einer entsprechenden Verfassung niederschlagen sollte. Österreich dagegen setzte auf einen stabilen Staatenbund. Letztlich setzte sich die Position Metternichs in der Gestaltung des Deutschen Bundes durch. (Hundt 1996b, XLIV)

Zu Beginn des Kongresses war die rechtliche Stellung der Hansestädte Hamburg,

Bremen und Lübeck ungeklärt. Diese hatten 1813 keine Akzessions- bzw. Beitrittsverträge geschlossen (Hamburg ist dazu nicht in der Lage gewesen) und hingen daher, was ihre Stellung als ehemalige freie Städte anging, in der Luft. Die Ziele Hamburgs und auch der anderen Hansestädte auf dem Wiener Kongress lassen sich gut mit dem alten Ausdruck der „Hanseatischen Desiderien“ beschreiben. Diese umfassen den freien Handel, politische Autonomie der Stadtstaaten und Neutralität bei den Auseinandersetzungen der Großmächte. (Stubbe da Luz 2014) Die Gesandten der Hansestädte für den Kongress: Johann Michael Gries für Hamburg, Johann Smidt für Bremen und Johann Friedrich Hach für Lübeck, hatten folglich entsprechende Instruktionen im Gepäck, die staatliche Souveränität durch den Kongress wieder garantiert zu bekommen.

Die Interessenkonstellation war für Hamburg und Bremen zunächst günstig. Beide Städte wurden durch Großbritannien protegiert. Dieses hatte ein großes Interesse an der staatlichen Selbständigkeit beider Städte, da auf diese Weise die eigenen Handelsinteressen am besten gewahrt werden könnten. Anders hingegen Lübeck. Während des Kongresses waren Gerüchte im Umlauf, dass die Stadt Dänemark zugeschlagen werden sollte und dass dieses Bestreben von Russland unterstützt wurde. (Hundt 1996b, XXXVI) Einen ähnlichen Hinweis gibt Jürgen Huck; dieser schreibt, dass „die Freiheit der Hansestädte (...) durch den Ehrgeiz des Kronprinzen von Schweden und auch durch Angliederungswünsche des Kurfürstentums Hannover bedroht“ gewesen sei. (Huck 1984: 101) Der Kronprinz von Schweden, Jean-Baptiste Bernadotte, ein ehemaliger Marschall Napoleons, war nunmehr Befehlshaber der Nordarmee der Alliierten in den Befreiungskriegen. Dieser habe ein „dänisches Protektorat über Hamburg und Lübeck mit einem Anrecht auf gewisse Einkünfte“ angestrebt. (Huck 1984: 138)

Diese Befürchtungen bewahrheiteten sich jedoch nicht, und im Endergebnis konnten alle drei Hansestädte ihre vormalige staatliche Einheit wieder erreichen. In Hamburg wurde die alte Verfassung von 1712 reaktiviert und die Gremien des Rats und der Bürgerschaft wieder eingesetzt. Im Deutschen Bund gehörten die Hansestädte zu den Gründungsmitgliedern und in der Frankfurter Bundesversammlung waren sie als zusammengehörende Gruppe vertreten.



3.3 Entwicklung Hamburgs nach der „Franzosenzeit“

Die Situation Hamburgs nach dem Ende der „Franzosenzeit“ und der endgültigen Niederlage Napoleons war misslich – trotz der positiven Ergebnisse des Wiener Kongresses. Der Überseehandel war weitgehend zum Erliegen gekommen; Kaufmannschaft und Handelshäuser hatten ihr Kapital zum großen Teil verloren; die Hamburger Bank war ihres Goldbestandes verlustig gegangen; insgesamt war die Stadt ökonomisch ausgeblutet. Hingegen waren auch positive Wirkungen der französischen Besatzung zu verzeichnen; so ist Hamburg etwa mit einem moderneren Recht und einer moderneren Verwaltung in Berührung gekommen. Dass man nicht trachtete, alle Erinnerungen an die Besatzung zu tilgen zeigte sich unter anderem daran, dass die Polizeiverwaltung nach französischem Vorbild wieder aufgebaut wurde.

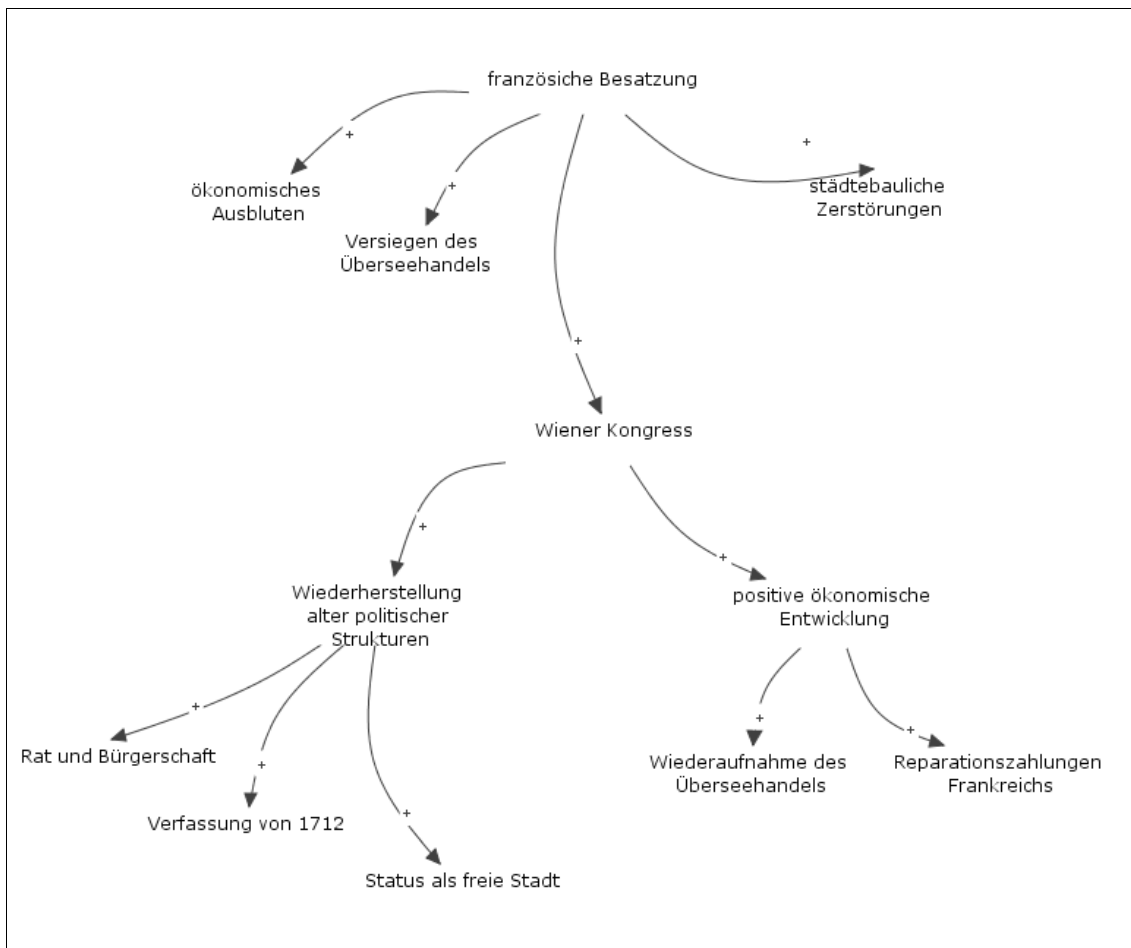
Vor diesem Hintergrund brachte der Wiener Kongress positive Impulse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet. Der Überseehandel kam wieder in Gang und die erlittenen Schäden wurden durch Reparationszahlungen Frankreichs zumindest zum Teil wieder ausgeglichen. Der massive Kapitalverlust im Laufe der Besatzung hatte zur

Folge, dass Hamburger Kaufleute sich in der Zeit nach der Befreiung zunächst mit der Rolle von Kommissionären zufrieden geben mussten. Es waren dabei englische Handelshäuser, die den Ton angaben und ihre Handelsinteressen in der Hansestadt verfolgten.

Immerhin fand 1816 der erste Besuch eines Dampfschiffes statt, und 1818 wurde eine Dampffähre zwischen Hamburg und Harburg eingerichtet. Insgesamt bleibt jedoch die verkehrstechnische Anbindung an das Umland schwierig. Der Ausbau der Wege nach Norden (Lübeck) als auch nach Süden (Hannover) wurde durch kleinstaatliches Denken der Nachbarn vielfach blockiert. Dagegen führten sowohl das Aufkommen der Dampfschiffahrt als auch das steigende Volumen des Überseehandels zu stetigen Hafenerweiterungen. So wurde der Hafen um Liegeplätze eigens für Dampfschiffe erweitert und um 1840 am Johannisbollwerk ein Hafen für kleinere Dampfschiffe eingerichtet.

Zwei Faktoren waren dann für Hamburgs wirtschaftliche Entwicklung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts besonders bedeutsam. Zum einen garantierte England die Sicherheit der Handelsschiffe auf hoher See. Hamburg und die anderen Hansestädte Bremen und Lübeck waren hierzu aufgrund ihrer geringen Größe und der Schwäche des Deutschen Bundes nicht in der Lage. Zum anderen erstritten die süd- und mittelamerikanischen Kolonien Spaniens und Portugals ihre Unabhängigkeit. Die neuen Staaten zeigten großes Interesse am Export ihrer Waren und Hamburg bekam Gelegenheit, an diesem Handel teilzunehmen. In der Mitte des 19. Jahrhunderts verfügte Hamburg über etwa 150 Konsulate und war in Europa zu einer Drehscheibe für den Handel mit Kolonialwaren geworden.

Was den Handel mit Nordamerika angeht, stand Hamburg zunächst hinter der Konkurrenz aus Bremen zurück. Der Handel mit den Vereinigten Staaten bekam dann jedoch durch die Gründung der Reederei Hapag (Hamburg-Americanische Packetfahrt-Actien-Gesellschaft) im Jahre 1847 einen wichtigen Impuls. Im Binnenland wurde ein Jahr zuvor die Bahnlinie Hamburg–Berlin fertiggestellt. Die politische und wirtschaftliche Erholung der Stadt führte schließlich dazu, dass die Bevölkerung um 1840 wieder auf etwa 130000 angewachsen war. Der große Brand 1842 stellte schließlich auf der einen Seite eine der großen Katastrophen der Stadtgeschichte dar; weite Teile der Innenstadt wurden zerstört und ein Großteil historischer Zeugnisse wie Akten und Dokumente vernichtet. Auf der anderen Seite bot sich nach dem Brand die Gelegenheit zu einem Wiederaufbau der Innenstadt nach moderneren Gesichtspunkten.



4. Eine kontrafaktische Überlegung

4.1 Variation des Ergebnisses des Wiener Kongresses

Der tatsächliche Verlauf der Geschichte Hamburgs im Zusammenhang mit den Regelungen des Wiener Kongresses ist nun in aller Kürze umrissen. Hätte es auch anders kommen können? Zu Beginn des Wiener Kongresses hätte man drei mögliche Ergebnisse für die Hansestädte annehmen können: Souveränität, Autonomie oder Mediatisierung. Eine volle Souveränität Hamburgs außerhalb einer deutschen Konföderation war im Prinzip denkbar, jedoch extrem unwahrscheinlich. Deswegen soll dieser Gedanke hier nicht weiter verfolgt werden. Weitgehende Autonomie innerhalb einer Konföderation ist der Pfad, der sich tatsächlich als Ergebnis des Kongresses ergeben hat und folglich für kontrafaktische Überlegungen keine Rolle spielt. Bleibt der dritte Pfad einer Mediatisierung, der hier betrachtet werden soll. Ich habe eingangs in den methodischen Anmerkungen darauf hingewiesen, dass durchaus eine reale Chance für ein Ergebnis dieser Art bestanden hat. Mag eine Mediatisierung Hamburgs durch einen deutschen Einheitsstaat oder durch eine Eingliederung in das Königreich

Dänemark oder Hannover vonstatten gegangen sein.

Wie seine Kollegen der anderen Hansestädte Bremen und Lübeck hatte der Hamburger Syndicus Johann Michael Gries auf dem Weg nach Wien seine Instruktionen mit im Reisegepäck. Rat und Bürgerschaft hatten ein Selbstverständnis von Hamburg als freier und eigenständiger Handelsstadt und wollten diesen Status durch den Wiener Kongress wieder hergestellt wissen. Voraussetzung dieses Status in der vornapoleonischen Zeit war eine zumindest einigermaßen erfolgreiche Neutralitätspolitik im Kontext der Spannungen der europäischen Mächte. Diese Neutralitätspolitik war durch die französische Besetzung zunichte gemacht worden.

Stellen wir uns also vor, die in den napoleonischen Kriegen siegreichen europäischen Mächte hätten keinen Raum mehr gelassen für eine Neutralität jedweder Art. Anstelle des stark föderativen Deutschen Bundes hätte sich eine zentralistischere Variante durchgesetzt, wie sie zunächst von den Preußischen und Österreichischen Gesandten Hardenberg und Metternich favorisiert wurde. Dies hätte im Ergebnis eine Mediatisierung ehemals freier Städte bedeutet, auch wenn diese de jure eigenständig geblieben wären. Stadtansichten Hamburgs aus dem 18. Jahrhundert zeigen die Stadt umgeben von einem starken Befestigungsring, welcher die Ausdehnung des bebauten Gebiets behinderte. Tatsächlich fand besonders ab 1820 ein schrittweiser Abbau dieser Anlagen, eine Entfestigung, statt. Auf der anderen Seite waren Voraussetzungen zum weiteren Ausbau der militärischen Seite der Stadt gegeben. Stellen wir uns also weiterhin vor, europäische Großmächte hätten dies als Anlass genommen, den Schwerpunkt Hamburgs auf die militärische Sicherung der Nordflanke des neuen Deutschen Bundes zu legen.

Es wäre damit das eingetreten, was der zur Zeit des Wiener Kongresses amtierende Bürgermeister Wilhelm Amsinck in einer Denkschrift bereits 1801 befürchtet hat. Der Titel seiner Schrift lautete sinnigerweise: „Eines freyen teutschen Mannes freymüthige Betrachtungen über kriegerische Maaßregeln zur Hemmung des Handels und deren verderbliche Folgen“. 1814, zu Beginn des Wiener Kongresses, wiederholte Amsinck seine Ansichten in der Denkschrift „Über Befestigung und Bewaffnung großer Handelsstädte“, in der er auf mögliche Fehlentwicklungen und Gefahren für Hamburg und die anderen Hansestädte hinweist.

In diesen Schriften betonte Amsinck die Rolle Hamburgs als einer Handelsstadt mit weltweiten Kontakten. Als eine solche (Welt-)Handelsstadt habe Hamburg ganz besondere Anforderungen an Ruhe und Verlässlichkeit des wirtschaftlichen Verkehrs.

Ein Ausbau Hamburgs als Festung könne demnach nur von Nachteil sein. So sei mit einer Behinderung des Verkehrs zu rechnen, in Kriegszeiten würde die Stadt zu einem exponierten Angriffsziel. Die Kosten des Baus und Unterhalts von Festungsanlagen und einer Garnison stellten eine Last dar, die kaum zu tragen wäre. Insofern folgert Amsinck: „Eine Stadt des Welthandels verliert also für jeden verständigen Kaufmann (...) schon allein durch die Bestimmung zur Festung ihr zuverlässiges Vertrauen.“ (Amsinck 1814: 7) Interessanterweise kann Amsinck dem Militär insgesamt keine positiven Züge für die Hansestadt abgewinnen. So sei die Zeit, die Soldaten mit Exerzieren verbringen eine für die gewerbliche Tätigkeit verlorene Zeit. Dies sei besonders schmerzlich, als der tatsächliche Nutzen militärischer Übungen eher gering zu veranschlagen sein. So würden Kriege eher durch den richtigen Geist gewonnen und militärische Fähigkeiten ließen sich im Ernstfall schnell erwerben.

Entsprechend kritisch beobachteten auch andere Hamburger Ratskollegen die künftige Ausgestaltung des Deutschen Bundes mit einer militärischen Integration Hamburgs. Sie sahen die Chancen Hamburgs als offener Handelsstadt in dem Maße schwinden, wie der Deutsche Bund politische und militärische Strukturen annahm. Es war folglich auch dies die Kritik Amsincks an seinem Gesandten Johann Gries, dass dieser nicht in hinreichendem Maße versucht habe, auf dem Kongress für Hamburg eine Position der Neutralität zu erwirken. (Loose 2008: 81) Vielleicht hatte man hier auch die Stellung Hamburgs in Napoleons Empire vor Augen, als Hamburg bereits unter der Herrschaft einer Zentralgewalt stand und seinen Rang als Handelsstadt eingebüßt hatte.

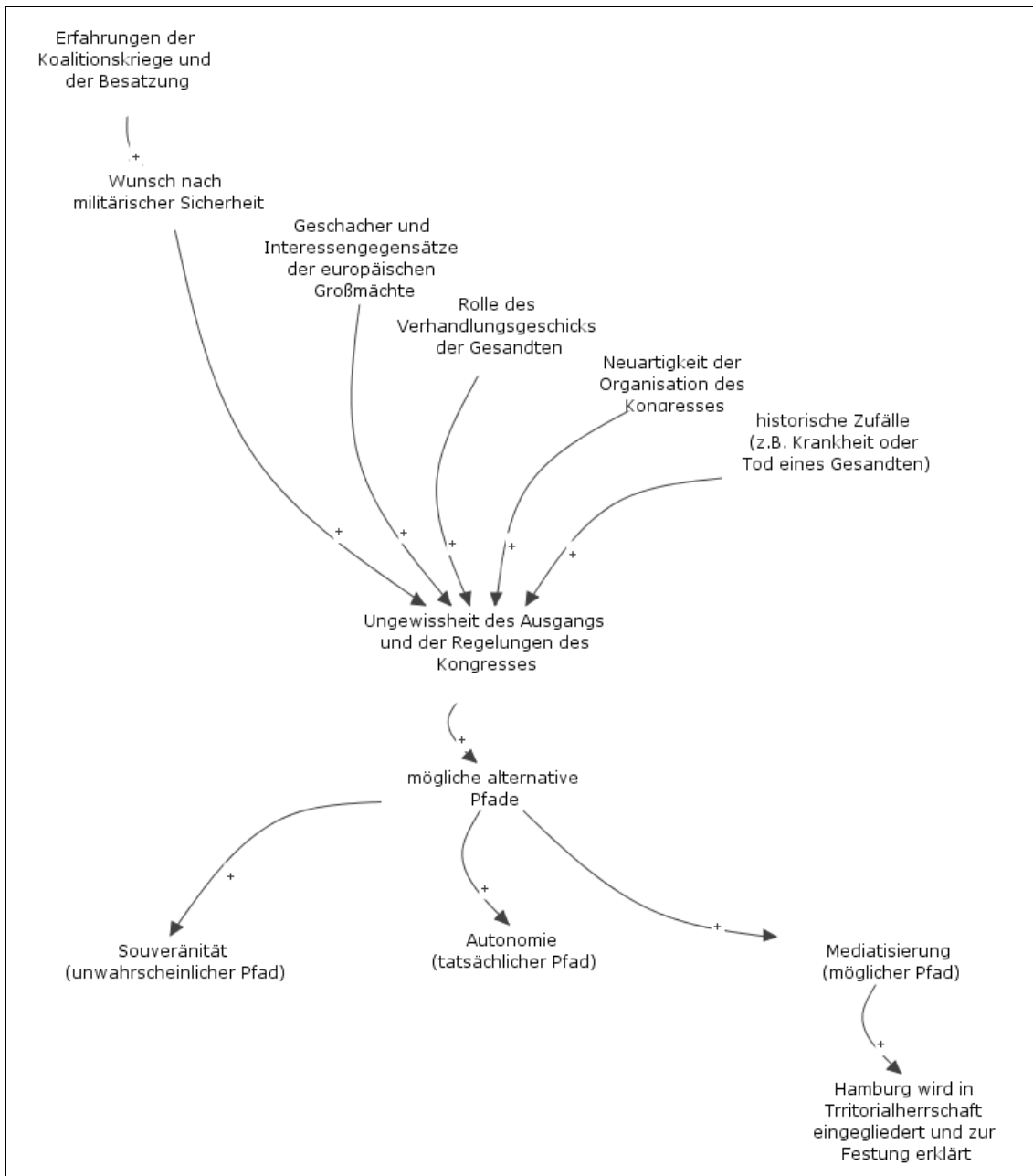
Gehen wir also einmal davon aus, dass das tatsächliche Ergebnis des Wiener Kongresses für die drei Hansestädte maßgeblich abhängig war vom diplomatischen Geschick und von der politischen Durchsetzungsstärke der Gesandten. Es ist auffällig, wie in der Literatur dem Bremer Gesandten Johann Smidt eine dominierende Rolle beim Vertreten der Angelegenheiten der Hansestädte auf dem Kongress zugeschrieben wird. Der Hamburger Gesandte Gries fällt dagegen ab, ihm wurde eher die Neigung zu geistreichen Gesprächen als zu hemdsärmeliger Arbeit zugesagt. Auch soll seine Gesundheit nicht die beste gewesen sein.

Dass Erkrankungen von Gesandten und sonstigen Teilnehmern des Kongresses nicht abwegig sind, soll an einem – etwas anders gelagerten – Beispiel gezeigt werden. Dieses findet sich sogar im Umfeld der bisher beteiligten Personen. Johann Smidt, Johann Gries und Johann Hach waren auf den Kongress entsandt worden, um die Belange ihrer Heimatstädte zu vertreten. Dabei hatten sie sich vor allem mit der

staatsrechtlichen Stellung ihrer Städte im neuen Deutschen Bund zu beschäftigen. Eine weitere Frage, wenn auch nicht die zentrale des Kongresses, bezog sich auf die Stellung der jüdischen Bevölkerung. (Siehe hierzu Hundt 1994.) Hamburg verfügte zur damaligen Zeit über die mit Abstand größte jüdische Gemeinde, welche mit Carl August Buchholz sogar einen eigenen Gesandten zum Kongress schickte. Dieser befand sich in seinen Versuchen, eine Gleichstellung in den bürgerlichen Rechten für die jüdische Bevölkerung zu bewirken, in starker Opposition zu den Gesandten Bremens und Lübecks, Smidt und Hach.

Buchholz vertrat seine Sache engagiert und konnte auch durch eine Reihe von Denkschriften die Gesandten Preußens auf seine Seite bringen, die den Inhalten der Aufklärung anhängen. Dies änderte sich jedoch im Verlauf der zweiten Hälfte des Kongresses, als Buchholz an Gelbsucht erkrankte und für mehrere Wochen ausfiel. (Hundt 1994, 166) Seine Widersacher Smidt und Hach, die eine Gleichstellung der jüdischen Bevölkerung ablehnten, hatten nun die bessere Position und Buchholz schaffte es auch nach seiner Genesung nicht mehr, den entsprechenden Artikel der Bundesverfassung in seinem Sinne zu gestalten. In diesem Sinne sind alle drei Personen: Buchholz, Smidt und Hach Beispiele für die Rolle des persönlichen Engagements im Mikrokosmos des Kongresses. Das Schicksal der jüdischen Bevölkerung ist hier nicht der Schwerpunkt; nichtsdestotrotz mag dieser Exkurs als Mittel dienen, die Möglichkeit alternativer Pfade zu unterstreichen.

Stellen wir uns vor diesem Hintergrund also folgendes vor: der Bremer Gesandte Johann Smidt, dem für die Sache der drei Hansestädte die wichtigste Rolle zufiel, wäre ausgefallen. Nehmen wir gesundheitliche Probleme an. Es hätte sich ein anderer Bremer Gesandter eingefunden, der aber in diplomatischen Dingen unerfahren und ungeschickt gewesen wäre. Nehmen wir weiterhin an, auch Johann Gries' Gesundheitszustand während der Dauer des Wiener Kongresses wäre nicht der beste gewesen. Die personelle Rückenstärkung für die Sache Hamburgs wäre also denkbar schlecht gewesen. In dieser Situation wäre es durchaus denkbar gewesen, dass das Geschacher um territoriale Zuordnungen und die Ausgestaltung des Deutschen Bundes einen anderen Ausgang genommen hätte. Nehmen wir also an, dass es mit einer Mediatisierung ein alternatives Ergebnis der Schlussakte des Wiener Kongresses und für die Gestalt des Deutschen Bundes gegeben hätte. Nehmen wir also an, dieses Ergebnis hätte für Hamburg eine solch gravierende Änderung des Status quo ante bedeutet, wie für Augsburg und Nürnberg.



4.2 Folgen der Variation: ein alternativer Pfad

Welche Folgen für die Entwicklung Hamburgs hätte es gehabt, wäre die Stadt nach den Erfahrungen der napoleonischen Besatzung mediatisiert und zu einer Festung zur Sicherung der Nordflanke eines Deutschen Bundes ausgebaut worden? Und hätte Hamburg eventuell noch seine Besitzungen im norddeutschen Umland an Dänemark verloren? Insgesamt: wäre es nicht wieder in die alten Bahnen einer Handelsstadt mit einem für die Stadtentwicklung dominierenden Hafen geschwenkt? Der dauerhafte Verlust staatlicher Souveränität hätte zunächst sicherlich Folgen für die inneren

politischen Strukturen Hamburgs gehabt. Vor der französischen Besetzung waren diese Strukturen durch die Verfassung – den „Hauptrezeß – aus dem Jahre 1712 bestimmt. Diese Verfassung versuchte in erster Linie, die unterschiedlichen Interessen und Kräfte vor allem von Bürgerschaft und Senat auszutarieren. Sie sorgte aber auch für einen Blumenstrauß unterschiedlichster Kompetenzen und Sonderregeln. Die Verwaltung der Stadt stellte damit eine historisch gewachsene Struktur dar, welche nur schwerlich am Kriterium der Effizienz gemessen werden konnte.

Diese Strukturen der Verwaltung und inneren politischen Organisation hatten in der Vergangenheit einen angemessenen Rahmen für das wirtschaftliche Leben der Stadt gebildet. Es war jedoch zu bezweifeln, dass dies auch für die Herausforderungen des beginnenden 19. Jahrhunderts gelten konnte. So waren mit den alten Regelungen vielfache Kompetenzüberschneidungen verbunden. Es gab zahlreiche Deputationen und Kollegien, deren Zuständigkeiten sich vielfach überschnitten; ebenso teilte sich die Rechtspflege auf diverse gerichtliche und außergerichtliche Organe auf. Die Besetzung von Ämtern und Posten orientierte sich nicht an der fachlichen Eignung für die jeweilige Aufgabe, hinzu kam ein häufiger Wechsel von Amtsträgern, was einer Kontinuität in den Amtsgeschäften abträglich war. Eine ähnlich „vormoderne“ Lage fand sich auf dem Gebiet der Finanzverwaltung; hier war eine transparente Übersicht und Planung von Einnahmen und Ausgaben unmöglich. Das Steuersystem schließlich war insofern anachronistisch, als es auf „geheimen“ Steuerzahlungen der Bürger vertraute, ohne eine tatsächliche Kontrolle durchzuführen.

Wäre Hamburg in Folge des Wiener Kongresses nicht zu alten politischen Strukturen zurückgekehrt, hätte sich auf jeden Fall die Chance für eine rechtzeitige Modernisierung der Verwaltung ergeben. Nicht zuletzt im Rahmen der dann anstehenden Homogenisierung der Verwaltungen in einem geschlossenen Flächenstaat. Der nach der „Franzosenzeit“ wieder eingeführte Status quo ante verlängerte das Spannungsverhältnis zwischen den Anforderungen an eine moderne Verwaltung und den tatsächlichen Verhältnissen um viele Jahrzehnte. Es dauerte schließlich bis 1860, bis eine neue Verfassung verabschiedet werden konnte, welche den 1712er Hauptrezeß ablöste. Zwar entschied man sich bereits unmittelbar nach der französischen Besetzung für die Einsetzung einer Reformkommission (die sog. „Reorganisations-Deputation“), welche Vorschläge zu einer Modernisierung der Verwaltung ausarbeiten sollte. Die Kommission konnte sich indes nicht gegen die Interessen der Beherrschung durchsetzen.

Nehmen wir dagegen an, die Regelungen des Wiener Kongresses hätten für ein

anderes Kräftegleichgewicht in der Stadt gesorgt. Die Reformkommission hätte in diesem Fall möglicherweise Chancen gehabt, die positiven Erfahrungen mit einer Verwaltung nach französischem Vorbild während der Besatzungszeit zur Geltung zu bringen. Hierzu gehören etwa die Trennung von Verwaltung und Justiz; die Gleichbehandlung der christlichen Religionen (Lutheraner, Reformierte, Mennoniten, Katholiken), die übersichtliche und effiziente Verwaltung der Staatsfinanzen durch Etablierung eines Kämmererwesens und die Einführung direkter, personenbezogener Steuern. Im Sinne Max Webers könnte man von der Rechenhaftigkeit der Verwaltung sprechen mit einer Orientierung an fachlicher Eignung und der Überwindung des althergebrachten Schlendrians.

Durch ein anderes Ergebnis des Wiener Kongresses hätte die Verwaltung also einen früheren Modernisierungsschub bekommen können. Bei diesem zunächst positiven Bild ist allerdings zu bedenken, dass auf der anderen Seite ein lange gelebtes Gleichgewicht von politischer Herrschaft, Kaufmannschaft und Verwaltung nicht wieder hergestellt worden wäre. In der prekären wirtschaftlichen Situation am Ende der Besatzungszeit hätte dies die desolate Lage der Stadt maßgeblich verschärfen können. Hamburger Handelshäuser litten unter einem eklatanten Kapitalmangel und sahen nur die Chance, als Kommissionshändler für britische Häuser wieder auf die Beine zu kommen. Es ist nicht auszuschließen, dass dieses schnelle Wiederaufleben der Wirtschaft und der Handelsaktivitäten ausgeblieben wäre, wenn es nicht den bekannten und bewährten Rahmen in Politik und Verwaltung gegeben hätte.

Eine in den internationalen Handel eingebundene Stadtwirtschaft verfügt über Eigenarten, welche von einem alternativen Ergebnis des Wiener Kongresses keine positiven Wirkungen hätten erwarten lassen. Der für Hamburg so zentrale Überseehandel brachte eine Reihe von Erfordernissen mit sich, die sich in der Tat am besten in einer unabhängigen Stadt verwirklichen ließen. Träger des Handels waren große und kleine Handelshäuser, die Basis einer Kaufmannschaft, welche wiederum in den politischen Gremien der Stadt verankert war. Die Verbindung zu den Ländern und Gebieten, mit denen Handel getrieben wurde, war über Konsulate und Handelsniederlassungen sichergestellt. Beide Elemente hätten bei einer alternativen Entwicklung sicherlich einen Niedergang erlebt. Für eine Anzahl von ca. 150 Konsulaten in aller Welt hätte es schlicht keine Notwendigkeit mehr gegeben. Die Hamburger Kaufmannschaft hatte sich nach der Besatzungszeit und dem Verlust eines großen Teils des (Handels-)Kapitals in einer desolaten Lage befunden. Es bedurfte eines

Anschubs von außen, in Form englischen Kapitals, um eine Entwicklung in der bekannten Richtung wieder in Gang zu bringen. Dieser Anstoß wäre sicher ausgeblieben, wären auf dem Wiener Kongress andere Weichen für die Stadt gestellt worden.

Für die Stellung Hamburgs als Handelsstadt war der Freihafen ein zentrales Element. Dieser bot die Möglichkeit, in einem umgrenzten Gebiet Waren zollfrei zu lagern. Diesen Status konnte Hamburg bewahren, auch als 1834 der Deutsche Zollverein ins Leben gerufen wurde. Das Ansinnen, Hamburg in diesen Bund zu integrieren, wies die Hamburger Kaufmannschaft ab. Eine Mediatisierung der Stadt durch den Wiener Kongress hätte an diesem Punkt sicher zu einem anderen Ergebnis geführt. Die zollrechtliche Sonderregel eines Freihafens hätte sicherlich keinen Bestand mehr gehabt und ein Standbein der Stellung als Handelsmetropole wäre weggefallen.

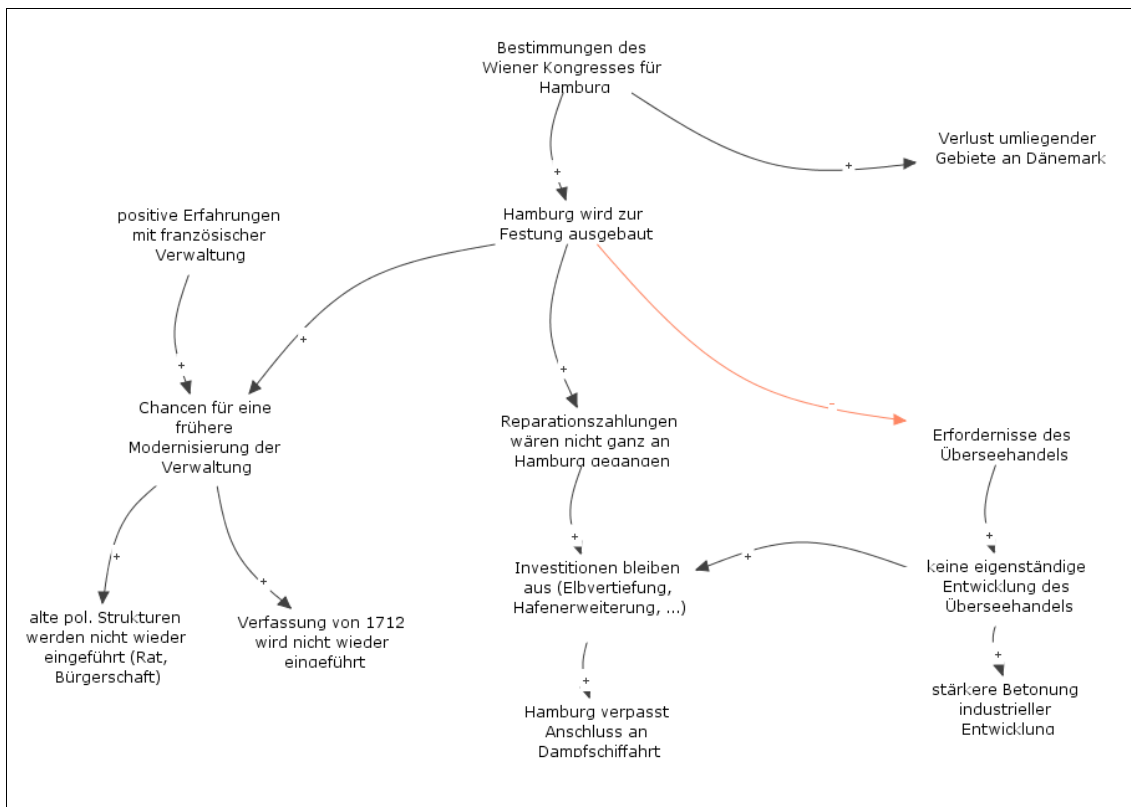
Letztlich wäre auch das Stadtbild ein anderes geworden. Welches Bild hätte sich ergeben, wäre Hamburg nicht wieder maßgeblich von der Gestaltung und Erweiterung des Hafens bestimmt worden, wie es bei einem Schwerpunkt auf dem Überseehandel naheliegt? Stadtansichten auf zeitgenössischen Gemälden der vorindustriellen Zeit zeigen deutlich die Befestigungsanlagen, die sich wie ein dicker Ring um die Stadt legen. Dieses Bild einer befestigten Siedlung hat sich im Zuge der Industrialisierung aufgelockert, nachdem die Befestigungsanlagen verschwunden, neue Siedlungen erschlossen und auch der Hafen sich um immer mehr Liegeplätze erweitert hatte. Gerade die Hafentwicklung war durch ständige Investitionen und Ausbaumaßnahmen geprägt, um den steigenden Anforderungen gerecht zu werden. Hierzu zählte nicht zuletzt die Vertiefung der Fahrrinne in der Elbe (ein bis heute aktuelles Thema). Eine Umwidmung der Stadt als militärischer Stützpunkt eines Flächenstaates hätte möglicherweise das Bild, wie es aus dem 17. und 18. Jahrhundert überliefert ist, weiterbestehen lassen.

Dieser Aspekt der Stadtentwicklung wird im Laufe des 19. Jahrhunderts besonders bedeutsam durch die Entwicklung der Dampfschiffahrt. Ständige Anpassungen des Hafengebiets wurden notwendig, etwa durch den Bau neuer Liegeplätze und Elbvertiefungen. Im Juni 1816 fand der erste Besuch eines Dampfschiffes „Lady of the Lake“ in Hamburg statt. Dieser Besuch wäre vielleicht ausgeblieben, wäre nicht absehbar gewesen, dass Hamburg wieder auf den alten Pfad der Handelsmetropole eingeschwenkt wäre. Möglicherweise hätten wir sogar eine Abwärtsspirale gesehen: die Dampfschiffahrt brachte eine Reihe neuer Anforderungen an die Logistik von

Hafengebieten mit sich. Hier hätte Hamburg schnell den Anschluss verpasst, wäre es nicht – wie es tatsächlich geschehen ist – rechtzeitig auf den Zug aufgesprungen.

Ein für die Stadtgeschichte einschneidendes Ereignis der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts war der Große Brand von 1842. Soweit sich die Ursache rekonstruieren lässt, ging der Brand von einem Lagerhaus in der Nähe des alten Haupthafens am Nikolaifleet aus. Nehmen wir nun an, Hamburg hätte sich nicht wieder zur alten Handelsstadt entwickelt; dann wäre der Bestand an Lagerhäusern und an gelagerten und brennbaren Waren entsprechend geringer gewesen. Dementsprechend wäre es durchaus denkbar, dass der Große Brand ausgeblieben wäre. Dies hätte nicht nur eine große Wirkung auf die folgende Entwicklung Hamburgs dadurch gehabt, dass die unmittelbaren Schäden ausgeblieben wären: verbrannte Menschen, Häuser, Dokumente, ... Die Zeit nach dem Brand wurde auch als Gelegenheit genutzt, Gebiete in der Innenstadt nach neueren und moderneren Standards wieder aufzubauen. So hätte Hamburg in den 1840er Jahren kein neues Sielsystem erhalten und viele Elendsviertel wären zunächst erhalten geblieben. Ein Modernisierungsschub in Folge eines katastrophalen Ereignisses wäre ausgeblieben.

Ein Spaziergang durch die Innenstadt würde heutzutage schließlich andere Eindrücke vermitteln. Nach dem Großen Brand 1842 wurde die Chance ergriffen, die zerstörten Gebiete rund um das Rathaus nach neuen architektonischen Gesichtspunkten wieder aufzubauen. In dieser Zeit entstanden etwa die Alsterarkaden und eine breite Treppe zur Binnenalster. Die neue Gestalt des Rathausplatzes lehnte sich mit diesen Elementen an den Markusplatz Venedigs an. Und schon Jahre vor dem Großen Brand wurden durch den Abbau von Befestigungsanlagen Alleen wie die Esplanade geschaffen, welche zum Flanieren einluden. Dieses Ensemble von venezianischem Flair und Spazierwegen würde bei einer alternativen Entwicklung der Stadt fehlen. Allerdings sei zugestanden, dass diese Maßnahmen ohne die Katastrophe des großen Brandes vielleicht auch nur aufgeschoben worden wären.



5. Der Nutzen des Kontrafaktischen: Interpretation einer Konstellation

Auf so wichtigen Gebieten wie der Verwaltung, der Wirtschaft und dem Stadtbild hätte Hamburg in der Zeit nach der französischen Besatzung also maßgeblich anders ausgesehen, wären auf dem Wiener Kongress die Weichen anders gestellt worden. Nun ist es nicht so gekommen, wie auf den letzten Seiten beschrieben. Die Konstellation der Interessen auf dem Wiener Kongress und der Einsatz der Gesandten der Hansestädte haben dazu geführt, Hamburg, Bremen und Lübeck einen vorteilhaften Status im neuen Deutschen Bund zu sichern. Die kontrafaktischen Überlegungen sollen aber verdeutlicht haben, dass das historische Geschehen rund um den Wiener Kongress ein kontingentes Geschehen war. Das Geschehen war nicht determiniert, aber doch durch Eigenarten der Akteure und die Präsenz von Interessen bestimmt. Das, was als tatsächliches Ergebnis für Hamburg herausgesprungen ist, war folglich kein „Selbstgänger“, sondern Ergebnis eines Verlaufs, welcher auch ein anderes Ergebnis hätte produzieren können.

Dass das tatsächliche Ergebnis der Wiederherstellung staatlicher Autonomie für Hamburg so eingetreten ist, ist folglich der singulären Konstellation des Wiener Kongresses geschuldet. Diese zu verstehen, muss in diesem Fall der eigentliche Zielpunkt der kontrafaktischen Überlegungen sein. Das Vorgehen entspricht damit dem Diktum Max Webers: „Um die wirklichen Kausalzusammenhänge zu durchschauen,

konstruieren wir unwirkliche.“ (Weber 1988: 287)

Die zeitgenössischen Akteure hatten dabei ihre eigene Sicht auf die Konstellation des Kongresses – auf die Machtbalancen der Großmächte und die Chancen für die Realisierung der eigenen Ziele. Dabei hat es realitätsgerechte Urteile gegeben und auch Fehltritte. Als Fehltritt kann man sicherlich die Sicht Wilhelm Amsincks ansehen. Eine Neutralität, wie sie vor der napoleonischen Zeit für Hamburg möglich gewesen ist, stand zur Zeit des Wiener Kongresses nicht mehr auf der Tagesordnung. Dies hatten die Gesandten Hamburgs und Bremens vor Ort, Johann Gries und Johann Smidt, klarer erkannt. Ebenfalls einen realistischeren Blick hatten diese auf den durch den Kongress geschaffenen Deutschen Bund. Dieser war nicht einfach eine Kopie des Heiligen Römischen Reiches, welches den Einzelstaaten weitgehende Souveränitätsrechte zubilligte, oder ein Bundesstaat, welcher den Einzelstaaten ihre Souveränitätsrechte weitgehend genommen hätte. Smidt und Gries schätzten die Möglichkeiten für ihre Städte in den neuen politischen Strukturen richtig ein und schafften es, den von ihnen vertretenen Gemeinwesen einen guten Platz im Bund zu sichern. Die ablehnende Haltung vieler Hamburger Ratsmitglieder zeugt dagegen von einem weniger wirklichkeitsgerechten Blick.

Aus der Perspektive der damals Handelnden lag die Zukunft (im Sinne des Ausgangs des Kongresses) nicht fest. Das Geschehen rund um den Mikrokosmos des Kongresses war offen, wenn auch wesentlich durch die Interessen der Großmächte bestimmt. Diese Mischung aus maßgeblichen Interessen, historischen Zufällen und Eigenarten der handelnden Personen, wie sie sich im tatsächlichen Verlauf und Ergebnis des Kongresses ausdrückten, machen dessen Kontingenz aus. Kontrafaktische Überlegungen führen dann dazu, die Bedeutung eines einzelnen Ereignisses als Weiche im Verlauf einer Stadtgeschichte hervorzuheben. Mit der Entwicklung des Überseehandels, der Ausbreitung der Verkehrswege, technischen Neuerungen im Verkehrswesen (Dampfschiffahrt), mit Kolonisierungen und Entkolonisierungen hat es zur Zeit des Kongresses und darüber hinaus zwar mächtige Trends gegeben. Es war aber nicht unwahrscheinlich, dass diese an Hamburg vorbeigegangen wären, wäre es im Verlauf des Kongresse zu einem anderen Ergebnis für Hamburg gekommen. Anders gewendet: Auf welche Weise Hamburg sich an diese Trends „angedockt“ hat, wurde dann in der Tat durch den Pfad bestimmt, welcher sich aus den Ergebnissen des Wiener Kongresses ergeben hat.

Literatur

Ahrens, Gerhard (1982): „Von der Franzosenzeit bis zur Verabschiedung der neuen Verfassung 1806 – 1860“, in: Loose, Hans-Dieter (Hg.) (1982): Hamburg – Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. S. 415-490.

Amsinck, Wilhelm (1814): Über Befestigung und Bewaffnung großer Handelsstädte, in ruhigem und reinem teutschen Geiste geschrieben. Hamburg.

Amsinck, Wilhelm (1801): Eines freyen teutschen Mannes freymüthige Betrachtungen über krieglerische Maaßregeln zur Hemmung des Handels und deren verderbliche Folgen. Hamburg.

Beck, Gerald (2013): Sichtbare Soziologie. Visualisierung und soziologische Wissenschaftskommunikation in der Zweiten Moderne. Bielefeld: transcript Verlag.

Borowski, Peter (1989): „Die Restauration der Verfassungen in Hamburg und in den anderen Hansestädten nach 1813“, in: Herzig, A.: Das alte Hamburg (1500 – 1848/49), S. 155-176.

Bracker, Jörgen (1987): Hamburg. Von den Anfängen bis zur Gegenwart.

Braudel, Fernand (1984): „Geschichte und Sozialwissenschaften – Die ‚longue durée‘“, in: Hans-Ulrich Wehler (Hg.): Geschichte und Soziologie, Königstein/Ts., S. 189-215.

Buck, Georg (1840): Genealogische und biographische Notizen über die seit der Reformation verstorbenen hamburgischen Bürgermeister. Bey Veranlassung des Vereins für hamburgische Geschichte. Hamburg: Johann August Meißner.

Bunzl, Martin (2004): "Counterfactual History: A User's Guide", in: American Historical Review, S. 845-858.

Burg, Peter (1984): Der Wiener Kongress. Der Deutsche Bund im europäischen Staatensystem. München: dtv.

Demandt, Alexander (2005): Ungeschehene Geschichte. Ein Traktat über die Frage: Was wäre geschehen, wenn ...? Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht.

Duchhardt, Heinz (2013): Der Wiener Kongress. Die Neugestaltung Europas 1814/15. München: C.H. Beck.

Ferguson, Niall (Hg.) (1999): Virtual History. Alternatives and Counterfactuals. New York: Basic Books.

Gretzschel, Matthias (2011): Kleine Hamburger Stadtgeschichte. Regensburg: Verlag Friedrich Pustet.

Gruner, Wolf D. (1988): "Hamburg und die Hansestädte in der Frühgeschichte des Deutschen Bundes (1815-1825), in: Mitteilungen der Ranke-Gesellschaft 2. S. 73-115.

Herzig, Arno (Hg.) (1989): Das alte Hamburg (1500 – 1948/49). Vergleiche – Beziehungen. Berlin: Dietrich Reimer Verlag.

von Hippel, Wolfgang / Stier, Bernhard (2012): Europa zwischen Reform und Revolution 1800-1850. Handbuch der Geschichte Europas, Band 7. Stuttgart: Verlag Eugen Ulmer.

Huck, Jürgen (1984): Das Ende der Franzosenzeit in Hamburg. Quellen und Studien zur Belagerung und Befreiung von Hamburg 1813-1814. Beiträge zur Geschichte Hamburgs. Hg. vom Verein für Hamburgische Geschichte. Bd. 24. Hamburg: Ernst Kabel Verlag.

Hundt, Michael (2001): "Von der "halbvergessene[n] Antiquität" zum modernen Staatenbund? Bedingungen, Ziele und Wirkungen hanseatischer Politik zwischen Altem Reich und Wiener Ordnung (1795-1815)", in: Antjekatrin Graßmann (Hg.): Ausklang und Nachklang der Hanse im 19. und 20. Jahrhundert. Hansische Studien XII, Trier. S. 1-30.

Hundt, Michael (1996a): Die mindermächtigen deutschen Staaten auf dem Wiener Kongress. Mainz: Verlag Philipp von Zabern.

Hundt, Michael (1996b) (Hg.): Quellen zur kleinstaatlichen Verfassungspolitik auf dem Wiener Kongress. Die mindermächtigen deutschen Staaten und die Entstehung des Deutschen Bundes 1813-1815. Hamburg: Verlag Dr. R. Krämer.

Hundt, Michael (1994): „Die Vertretung der jüdischen Gemeinden Lübecks, Bremens und Hamburgs auf dem Wiener Kongreß“, in: Blätter für deutsche Landesgeschichte, Bd. 130, S.143-190.

Klessmann, Eckart (1981): Geschichte der Stadt Hamburg. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Kollhoff, W. (1916): Grundriss der Geschichte Hamburgs. Hamburg: Herold'sche Buchhandlung.

Kopitzsch, Franklin (1982): „Zwischen Haupttrezeß und Franzosenzeit 1712 – 1806“, in: Loose, Hans-Dieter (Hg.) (1982): Hamburg – Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. S. 351-414.

Krempel, Lothar (2005): Visualisierung komplexer Strukturen. Grundlagen der Darstellung mehrdimensionaler Netzwerke. Frankfurt am Main: Campus Verlag.

Krieger, Martin (2006): Geschichte Hamburgs. München: C.H. Beck.

Loose, Hans-Dieter (2008): „Hamburgs Bundestagsabgesandter Johann Michael Gries als Freund Johann Smidts im Konflikt zwischen Überzeugung und politischem Auftrag beim Ausbau des Deutschen Bundes“, in: Bremisches Jahrbuch, Bd. 87, S. 71–91.

Loose, Hans-Dieter (Hg.) (1982): Hamburg – Geschichte der Stadt und ihrer Bewohner. Band 1: Von den Anfängen bis zur Reichsgründung. Hamburg: Hoffmann und Campe.

Maddison, Angus (2001): Die Weltwirtschaft: Eine Milleniumsperspektive. OECD: Paris.

Michalski, Wolfgang (2010): Hamburg – Erfolge und Erfahrungen in der globalisierten Welt. Hamburg: Murmann Verlag.

Moltmann, Günter (1989): „Hamburgs Öffnung nach Übersee im späten 18. und im 19. Jahrhundert“, in: Herzig, A.: Das alte Hamburg (1500 – 1848/49), S. 51-72.

Reincke, Heinrich (1966): "Gries, Johann Michael", in: Neue Deutsche Biographie (NDB), Band 7. Berlin: Duncker & Humblot. S. 60.

Reincke, Heinrich (1926): Hamburg - Ein Abriss der Stadtgeschichte von den Anfängen bis zur Gegenwart. Bremen: Friesen-Verlag.

Ritter, Hermann (1999): „Kontrafaktische Geschichte. Unterhaltung versus Erkenntnis“, in: Salewski, Michael (Hg.) (1999): Was Wäre Wenn. S. 13-42.

Salewski, Michael (Hg.) (1999): Was Wäre Wenn – Alternativ- und Parallelgeschichte: Brücke zwischen Phantasie und Wirklichkeit. Stuttgart: Franz Steiner Verlag.

Schramm, Percy Ernst (1964): „Hamburg. Ein Sonderfall in der Geschichte Deutschlands“, in: Vorträge und Aufsätze herausgegeben vom Verein für Hamburgische Geschichte, Heft 13. Hamburg: Hans Christians Verlag.

Steinmüller, Karlheinz (1999): „Zukünfte, die nicht Geschichte wurden. Zum Gedankenexperiment in Zukunftsforschung und Geschichtswissenschaft“, in: Salewski, Michael (Hg.) (1999): Was Wäre Wenn. S. 43-53.

Stubbe da Luz, Helmut (2014): „Hambourg“ oder „Hambro“? – Hamburgs Zugehörigkeit zu Napoleons Empire (1811-1814) – globalhistorisch betrachtet. Manuskript.

Studt, Bernhard / Olsen, Hans (1951): Hamburg. Die Geschichte einer Stadt. Hamburg: Hans Köhler Verlag.

Tenbruck, Friedrich H. (1972): "Die Soziologie vor der Geschichte", in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, Sonderheft 16, S. 29-58.

Weber, Max (1988): „Kritische Studien auf dem Gebiet der kulturwissenschaftlichen Logik“, in: Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre, 7. Aufl., Tübingen.

Wallerstein, Immanuel (2012): Das moderne Weltsystem IV. Der Siegeszug des Liberalismus (1789 – 1914). Wien: Promedia Verlag.

Wohlwill, Adolf (1914): Neue Geschichte der Freien und Hansestadt Hamburg insbesondere von 1789 bis 1815. Gotha: Friedrich Andreas Perthes.

Wunder, Bernd (2001): Europäische Geschichte im Zeitalter der Französischen Revolution 1789 – 1815. Stuttgart: Kohlhammer.